

111207

NORWEGEN.

ABRECHNUNG MIT VERRÄTERN.

"Unserem Land fehlt ein Zola, der in unserer modernen Dreyfus-Affäre aufräumt!", donnerte Bauernpartei-Gabriel Moseid den Abgeordneten und dem Publikum im norwegischen Storting zu.

Standhaft und stur verteidigten sich er und Arbeiterpartei-Vertreter Einar Stavang gegen die Vorwürfe der Regierung und des Parlaments, eine Aktion zu unterstützen, die das Ansehen des norwegischen Rechtsstaates untergrabe.

Grund des Regierungs- und Parlamentszorns: als einzige von dreizehn Abgeordneten weigerten sich die beiden, ihre Unterschrift von einem Ersuchen an ein Gremium schwedischer Juristen zurückzuziehen, in dem um ein Gutachten über die norwegische Entnazifizierungsjustiz gebeten worden war.

Auf umstrittener Rechtsgrundlage wurden nach 1945 in Norwegen

93.000 Personen (bei 3 Millionen Einwohnern) gerichtlich verfolgt,

30.000 Jahre Gefängnisstrafe verhängt,

45 Todesurteile ausgesprochen,

38 Todesurteile vollstreckt.

Parlamentsdebatten führten dazu, dass Tausenden von kleinen und grossen "Landesverrätern" Reststrafen erlassen wurden. An dem Grundsatz, nach dem die einstige Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht und die Zugehörigkeit zur Quisling-Partei zu bestrafen seien, änderte sich nichts.

Gerade darauf aber kam es den "Ehemaligen" an. So versuchten sie, die Rechtfertigung, die ihnen das eigene Land versagte, im neutralen Ausland zu finden. Nach einem missglückten Versuch mit

der Schweiz vor zweieinhalb Jahren streckte man vor einem Jahr die Fühler nach Schweden aus. Im "Institut für öffentliches und internationales Recht" schien die geeignete Instanz gefunden.

Die Stockholmer Juristen waren ob des delikaten Auftrages nicht gerade begeistert. Nur wenn in Norwegen, der allgemeine Wunsch nach einem neutralen Gutachten bestehe, könne man sich mit der Angelegenheit befassen.